

Finanzielle Verhältnisse sind geordnet!

Rechnungsprüfung legt Jahresrechnung für 2023 vor

Loiching. (ko) Auf den ersten Blick erscheint der jährliche Bericht der kommunalen Rechnungsprüfung wie das Abhaken von sowieso schon getätigten Maßnahmen aus den Bereichen der Verwaltung bzw. investive Maßnahmen, auf die man nur noch wenig, bis gar keinen Einfluss mehr hat. Doch greift diese Betrachtungsweise zu kurz. Der in der Märzsession des Gemeinderates vorgelegte Bericht der kommunalen Rechnungsprüfung zeigt Handlungsfelder auf, die das kommunale Handeln in den kommenden Jahren beeinflussen werden. Der vorliegende Rechnungsprüfungsbericht zeigt dies exemplarisch auf.

Alle Jahre wieder befasst sich der kommunale Rechnungsprüfungsausschuss (RPA) mit der Umsetzung und der Einhaltung der Haushaltsvorgaben des Vorjahres, sprich: der Rechnungslegung für 2023. Federführend in dieser Wahlperiode sind dies Karl Wippenbeck als RPA-Vorsitzender und Gerda Schaffer sowie Christine Kluge als weitere RPA-Mitglieder. In dem für das Vorjahr beschlossenen Zahlenwerk waren der Verwaltungshaushalt mit knapp acht Millionen Euro und der investive Bereich mit rund 6,8 Millionen Euro eingestellt. Während bei der Verwaltung eine leichte Steigerung von rund 2,8 % zu verzeichnen war, blieb der investive Bereich um rund 38 % unter dem Ansatz. Die Pro-Kopf-Verschuldung lag per 31.12.2023 bei 1.177 €.

Investiver Ansatz wurde unterschritten

Grundstücksverkäufe konnten nicht wie geplant realisiert werden. Es ist offensichtlich, dass die bundesweite Krise auf dem Bausektor in ihren Verästelungen bis in den kommunalen Bereich herabreicht. Für den Schuldendienst bedeutet dies, dass man die vorgesehene Tilgung einer Teilsumme von insgesamt 4.450.000 Euro schieben musste; ein erstes Darlehen in einer Höhe von 1,5 Millionen Euro wird Ende des kommenden Jahres fällig. Dem stehen allerdings auf der Habenseite beträchtliche „verwertbare Flächen“, sprich Bauland, gegenüber. Zu den bereits vorinvestierten rund sieben Millionen Euro kommen weitere gut 3 Millionen Euro auf bereits bebaubare Parzellen; die Summe der verwertbaren Grundstücksflächen in Gemeindehand belaufen sich somit auf über 10,5 Millionen Euro – da in den letzten Jahren hier vorausschauend investiert und gekauft wurde.

Mittlerweile hat die Nachfrage nach Baugrundstücken aber wieder angezogen.

Deshalb sind im laufenden Etat auch beträchtliche Erschließungsmaßnahmen (Loiching und Weigendorf) vorgesehen. Beabsichtigte Baumaßnahmen wie der BA III Hort, die Erschließung Baugebiete Weigendorf und Loiching wurden nicht umgesetzt, sondern auf dieses Jahr geschoben. Auch erfolgen der Anbau an den Bauhof und die Erstellung des Nebengebäudes auf dem Gelände der Kläranlage Kronwieden erst 2024. Als Jahresabschlussbuchung konnte ein Betrag von 891.036 € dem Vermögenshaushalt zugeführt werden. Im Haushaltsplan waren noch 1.400.000 € veranschlagt worden. Die Zuführung zum Vermögenshaushalt abzüglich der ordentlichen Tilgungen wird als so genannte freie Finanzspanne bezeichnet und steht jeweils für den Vermögenshaushalt zur Leistung von vermögenswirksamen Ausgaben zur Verfügung. Diese Zahl ist wichtig, da sie letztlich den Spielraum für Investitionen definiert, lässt man Sondereffekte wie etwa eine Veräußerung von Vermögen außer Acht. Diese Summe ist der niedrigste Wert im Beobachtungszeitraum seit 2014.

Finanzielle Anpassungen zeichnen sich ab

Interessantes zeigt auch der Bereich der öffentlichen Einrichtungen. Notorisch defizitär bleiben die drei Freibäder, doch sollen sie nach einhelliger Auffassung von RPA und Gesamtgemeinderat in ihrem Bestand nicht angetastet werden – ganz im Gegenteil sind umfangreiche Sanierungsmaßnahmen (Kronwieden ca. eine Mio. Euro vorbehaltlich öffentlicher Mittel) geplant. Konsequenz ist die Anhebung einiger Eintrittsgebühren im vergangenen Jahr. Bei den Kläranlagen zeichnet sich deutlicher Handlungsbedarf ab: Die Anlage für Kronwieden-Loiching-Weigendorf weist einen Kostendeckungsgrad von nur noch rund 74 % auf (Defizit: knapp 110.000 Euro); in der deutlich kleineren Anlage im südlichen Gemeindebereich sind es rund 78 Prozent (Defizit: knapp 30.000 Euro). Hier wird eine Neukalkulation der Einleitungsgebühren unabdingbar, zumal auch der vierjährige Kalkulationszeitraum abgelaufen ist. Dem RPA zufolge soll man allerdings das Ergebnis der beauftragten Studie zur Situation der Abwasserreinigung der beiden Anlagen abwarten.

Was die weitere Einnahmenseite anbelangt, so empfiehlt der RPA vor dem Hintergrund der Grundsteuerreform eine Orientierung der neuen Hebesätze am jetzigen Grundsteueraufkommen. – Einzelheiten noch offen! Beachtenswert bleibt die Entwicklung bei der Gewerbesteuer: Diese ist seit einigen Jahren rückläufig. Bei einem Ansatz von 1,8 Millionen Euro betrug sie 2023 lediglich rund 1,2 Millionen Euro und bleibt wohl absehbar niedrig! Erfreulich ist die sich positiv entwickelnde Einkommensteuerbeteiligung mit derzeit rund 3,2 Millionen Euro. Wenn es gelingt, weiterhin ein attraktiver Wohn- und Arbeitsort zu werden/bleiben, wird sich das langfristig auch in der auf die Gemeinde entfallenden Einkommensteuerbeteiligung positiv auswirken. Deutlich positiv verläuft auch die Entwicklung bei der Umsatzsteuer; sie hat sich in den letzten Jahren verdoppelt (ca. 236.000 €).

Kreisumlage und Personalkosten

Neben der Kreisumlage mit gut zwei Millionen Euro schlagen die Personalkosten mit fast 2,5 Millionen Euro zu Buche. Diese haben sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. Tendenz: weiter steigend. 57 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in Voll- und Teilzeit, sowie auf Geringverdienerbasis beschäftigt. Insbesondere in der Kinderbetreuung musste das Personal gegenüber 2024 mehr als verdoppelt werden. Wurden in 2014 noch 54 Kinder in 4 Gruppen von 11 Pädagogen betreut, sind es jetzt aktuell 163 Kinder in 9 Gruppen, die von 26 Pädagoginnen betreut werden (2 Krippengruppen, 2 Übergangsguppen, 5 Kindergartengruppen); Angesichts des derzeitigen Defizits von rund 600.000 Euro empfiehlt der RPA ein grundsätzliches Überdenken der Gebührensituation für den Kindergarten. Von den laufenden Kosten einmal abgesehen hat die Gemeinde in den Bau des KiBiZL in den vergangenen Jahren immerhin mehr als sieben Millionen Euro investiert, abzüglich der Förderung von ca. 3 Millionen Euro verbleiben an investierten Eigenmitteln immerhin noch über 4 Millionen Euro. Und der Bau des Hortes steht an! Die Rechnungslegung 2023 zeigt einmal mehr auf, dass man beim Spagat zwischen dem kommunalpolitisch Wünschenswerten und dem finanziell Machbaren angesichts des derzeitigen gesamtwirtschaftlichen Hintergrundes deutlicher wird hinschauen müssen, zumal bei jeder Investition auch die unvermeidlichen Folgekosten zu bedenken sind. Der Bürgermeister bedankte sich beim RPA unter Leitung von GR Karl Wippenbeck für den detaillierten und umfassenden Bericht. Ergänzend verlas der Bürgermeister die Beurteilung und Genehmigung des Haushalts für 2024 durch die Kommunalaufsicht und der Staatlichen Rechnungsprüfungsstelle. Die Gemeinde kann demnach nach wie vor von geordneten finanziellen Verhältnissen ausgehen, dies ist eine tragfähige Basis, auf der es sich auch in den kommenden Jahren solide wirtschaften lässt. Jedoch ist in den aktuell krisengeschüttelten Zeiten die weitere Entwicklung sorgfältig zu beobachten, damit man bei sich verschlechternden finanziellen Rahmenbedingungen rechtzeitig gegensteuern kann. Es wird daher umso mehr erforderlich sein, in besonderem Maße sparsam und wirtschaftlich zu verfahren, um die stetige Erfüllung der Aufgaben sicherzustellen. Dazu ist anzustreben, auf nicht notwendige Ausgaben, insbesondere freiwillige Leistungen zu verzichten oder entsprechende Haushaltsansätze nur teilweise auszuschöpfen.